



Dezember

Ausgabe 7, 2010

Themen dieser  
Ausgabe:

- Der Haushalt für 2011/2012
- Wahlrecht
- Fehmarnbelt-Querung
- Asylbewerberleistungsgesetz
- Biomasse
- Uni Lübeck
- Flughafen Lübeck-Blankensee
- Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe
- Verhütung
- Pelztiere
- Landesblindengeld
- Kinderrechte
- Minderjährige in Abschiebehäft

## Konsequent Sozial!

*Am 15. Dezember hat die CDU/FDP-Koalition den Doppelhaushalt 2011/2012 durch den Landtag gepeitscht. Dieser sieht eine radikale Reduzierung der Ausgaben des Landes vor. Ohne jegliche Rücksichtnahme auf die großen, bunten und vielfältigen Proteste haben die Regierenden ihr Kürzungsprogramm durchgezogen. Viele Initiativen stehen vor dem Aus, sie müssen ihre Arbeit einstellen, das Blindengeld wird gekürzt, Frauenhäuser geschlossen, der Personalabbau beim Land schreitet fort, das Land wird kaputtgekürzt.*

Die LINKE hat in die Haushaltsberatungen einen alternativen Entwurf eingebracht. Unser politischer Schwerpunkt lag bei der Rücknahme aller Kürzungsvorschläge im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie bei der Dänischen Minderheit. Zusätzliche Mittel in Höhe von über 260 Millionen wollten wir für die Bildung in den Haushalt einstellen. Bildungsinvestitionen sind Investitionen in die Zukunft, die sich immer rechnen.



**Ranka Prante, die neue Fraktionsvorsitzende erklärt den Damen und Herren der Regierungsfaktionen wie ein gerechter Haushalt funktionieren kann.**

Der Haushaltsentwurf der LINKEN zeigt, dass auch unter den Vorzeichen der sogenannten „Schuldenbremse“ zumindest für die Jahre 2011 und 2012 die Beitragsfreiheit im Kita-Bereich vollständig realisiert werden könnte, wenn der politische Wille vorhanden wäre. Im Gegensatz zu allen anderen Oppositionsparteien hat sich DIE LINKE den Personalkürzungen vollständig verweigert. Schon jetzt gibt es kein anderes Bundesland mit weniger Staatsbediensteten pro Einwohnerinnen und Einwohner. Deshalb lehnt DIE LINKE auch den Abbau von Lehrerinnen – und Lehrerstellen kategorisch ab. Zusätzliche Schwerpunkte unserer Haushaltsvorstellungen liegen bei dem Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und bei der Entlastung der Kommunen. Im Gegensatz zum Land profitieren die Kommunen erst im Jahr 2012 von den höheren Steuereinnahmen. Hier soll das Land in 2011 einmalig helfen, um den Kommunen finanzielle Luft zu verschaffen.

## Die „Schuldenbremse“

In den Haushaltsberatungen und im Plenum hat DIE LINKE deutlich gemacht, dass die Bezugnahme auf die „Schuldenbremse“ eine brüchige Argumentation für den Sozialkahltschlag ist. Denn auch die Einhaltung der neuen verfassungsmäßigen Vorgaben hätte keine Kürzungen zur Folge haben müssen. Gleichwohl ist unsere Überzeugung, dass die sogenannte „Schuldenbremse“ in zukünftigen Jahren nicht aus eigener Kraft zu realisieren sein wird. Dies hat sogar der CDU-Fraktionsvorsitzende von Boetticher in der Haushaltsdebatte zugegeben. Die Vereinbarungen aus dem Hochschulpakt II, so Boetticher, könne das Land in Zukunft nur durch zusätzliche Unterstützung aus Berlin erfüllen. Gerade aus diesem Grund hat DIE LINKE auch gegen die Verankerung der „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung gestimmt. Wir in Schleswig-Holstein können die Vorgaben nicht selbständig erfüllen. Ohne weitere strukturelle Unterstützung aus Berlin lässt sich das strukturelle Defizit nicht ausgleichen. Die Kürzungsbeschlüsse der Landesregierung werden nur zu einer Abwärtsspirale führen. Weniger Ausgaben haben weniger Einnahmen zur Folge. Deshalb fordert DIE LINKE in den kommenden Jahren sozialverträgliche Verbesserungen auf der Einnahmeseite durch die Bundespolitik. Dies betrifft beispielsweise die Erbschaftssteuer, die Körperschaftssteuer und den Spitzensteuersatz. DIE LINKE verweist darauf, dass allein durch die veränderte Bundessteuergesetzgebung zwischen 2007 und 2009 das strukturelle Defizit von Schleswig-Holstein um 400 Millionen Euro jährlich erhöht worden ist. Noch im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen betrug das strukturelle Defizit laut Finanzminister Wiegard 600 Millionen Euro. Es ist also in hohem Maße von äußeren Faktoren abhängig.

Die Lösung der Verschuldung im Landeshaushalt liegt nach Ansicht der LINKEN nicht bei der Reduzierung der Ausgaben sondern auf der Einnahmeseite. Deshalb will die Fraktion wie auch die anderen Oppositionsfraktionen die Grunderwerbssteuer schnellstmöglich auf 5 Prozent erhöhen. Die Feldes- und Förderaufgabe der Erdölförderung soll 2011 auf 20 Prozent und 2012 auf 21 Prozent angehoben werden. Einnahmeverbesserungen zu Lasten der Küstenbewohnerinnen und Küstenbewohner lehnt DIE LINKE ab. Küstenschutz ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Außerdem entsteht zusätzlicher bürokratischer Aufwand durch eine Küstenschutzabgabe.

## Zu den Haushaltsvorschlägen der LINKEN im Einzelnen:

Im Gegensatz zum Entwurf der Landesregierung fordert DIE LINKE, das strukturelle Defizit im Jahr 2011 nur um ca. 125 Millionen Euro und im Jahr 2012 um weitere 125 Millionen Euro zu reduzieren. Dies entspricht den Vorgaben der Landesverfassung. Dadurch eröffnen sich Haushaltsspielräume in Höhe von 165 Millionen Euro in 2011 und 80 Millionen Euro in 2012. Alle Kürzungen im sozialen Bereich, bei den Frauenprojekten, im ökologischen Bereich und bei der Kultur sind somit vom Tisch.

Weitere zusätzliche strukturelle Einsparungen ergeben sich aus der Verringerung der Zinsbelastungen, welche zu Minderausgaben in Höhe von 75 Millionen Euro in 2011 und mindestens 93 Millionen Euro in 2012 führen werden.

Die Regierung will den Haushaltsansatz von 12 Milliarden 552 Millionen im Jahr 2010 um 364 Millionen für 2011 kürzen und 365 Millionen im Jahr 2012. Zusammen gerechnet sind das 729 Millionen Minderausgaben gegenüber 2010. In der Finanzwissenschaft besteht Einigkeit darüber, dass eine solche Kürzungsorgie nicht sinnvoll ist, weil es darum geht, die schädlichen Nebenwirkungen der Kürzungen im Blick zu behalten und gegebenenfalls gegensteuern zu können. Ansonsten führen Minderausgaben zu Mindereinnahmen und zu noch höheren Schuldenständen. Deshalb wollen wir in 2011 und 2012 die Schuldenbremse zwar einhalten aber keinen Cent überkürzen. Hinzu kommt, dass wir eine Debatte in den kommenden beiden Jahren im Land wollen, wie eine Konsolidierung tatsächlich erreicht werden kann und ob wir uns damit abzufinden haben, endgültig von der Entwicklung im Bundesgebiet abgekoppelt zu bleiben. Wollen wir der nächsten Generation wirklich zumuten im Armenhaus Schleswig-Holstein aufzuwachsen?

Kürzungsvorschläge der LINKEN gibt es im Bereich der Fraktionen sowie bei den Bezügen der Minister bzw. der Ministerin und dem Ministerpräsidenten.

Mit unseren Vorschlägen setzen wir ein Zeichen für die Zukunft. Jede Bildungsinvestition rentiert sich volkswirtschaftlich mit ca. 8 Prozent. Wir stärken die Bildung:

### Kindertagesstätten

Drei beitragsfreie Kita-Jahre. Das kostet in zwei Jahren weniger als 140 Millionen Euro und ist eine gute Investition in die Zukunft, weil neben den Kommunen auch Familien mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden. Das ist weit wirksamer als Steuersenkungen. Zusätzlich stellen wir zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen 90 Millionen Euro statt 70 Millionen Euro in den Haushalt ein.

### Schulen

Die Erhöhung der Pflichtstunden machen wir rückgängig, zudem entlasten wir die Lehrerinnen und Lehrer weiter:

1. Für Schulsozialarbeit geben wir fast sechs Millionen Euro 2011/2012 aus.
2. Für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen ebenfalls fast 6 Millionen.
3. Im Gegensatz zu den anderen Fraktion lassen wir alle Lehrerinnen- und Lehrerstellen im System: Kosten 25 Millionen.
4. Die Einsparungen bei den Dänischen Schulen werden rückgängig gemacht – Kosten zwei Millionen
5. Die Kosten für die Aufstockung des Gastschulabkommens in Höhe von 20 Millionen haben wir berücksichtigt.
6. Die Kosten für die SchülerInnenbeförderung, aufgestockt um die Übernahme der Kosten für Oberstufen- und BerufsschülerInnen, in Höhe von 25 Millionen stellen wir wieder in den Haushalt ein.

### Hochschulen

Das gleiche gilt für die Hochschulen. Die Hochschulpolitik der Landesregierung begeht Selbstmord aus Angst vor dem Tod. DIE LINKE will

1. für 2000 neue Studienplätze, zum Teil co-finanziert aus dem Bundeshaushalt 25 Millionen Euro ausgeben.
2. Die Kürzung für die Fachhochschule Wedel wird rückgängig gemacht – über eine Million Mehrausgaben.
3. Die Kürzungen im Bereich des Studentenwerkes (2 Millionen) werden ebenso rückgängig gemacht,

## Vorstellungen der anderen Oppositionsparteien

Die SPD nimmt in ihrem Haushaltsentwurf ebenfalls Kürzungen im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich sowie bei den Frauen zurück. Dabei gehen die Sozialdemokraten nicht so weit wie die LINKE. Es sollen nach dem Willen der SPD nur die Hälfte der LehrerInnenstellen abgebaut werden: das Blindengeld soll erhalten aber nicht erhöht werden. Einige Kürzungen werden mitgemacht, aber insgesamt ist der Haushaltsentwurf der SPD unseren Vorstellungen am nächsten..

Die Grünen machen sehr viele Kürzungen im Sozialetat mit, machen weitergehende Kürzungsvorschläge im Agrarhaushalt und begründen dies mit gewagten Konstruktionen zu notwendigen Kürzungen. Auch die Grünen wollen Kürzungen im Bildungsetat teilweise zurücknehmen. – 100 von 300 Lehrerstellen sollen erhalten bleiben. Auch im Kulturbereich wird teilweise zurückgenommen, ebenso wie bei den Frauen.

Der SSW versuchte vor allem die Interessen der dänischen Minderheit zu schützen und hat da in aller Breite Gegenvorschläge gemacht. Der SSW hat mit uns gemeinsam die Kürzungen der MinisterInnengehälter vorgeschlagen.

Einig waren sich die Oppositionsparteien dabei, die Erhöhung der Grunderwerbsteuer vorzuziehen, das Blindengeld nicht anzutasten und die SchülerInnenbeförderung im Bildungsetat zu belassen.

- ebenso die Streichung der Wohnheimförderung (1 Million)
4. Zur Unterstützung der Lehramtsstudiengänge wollen wir 3 Millionen mehr ausgeben.

Zusammengerechnet investieren wir zusätzlich über 260 Millionen in Bildung. Den Anschluss an die Bundesentwicklung können wir nur dann wieder gewinnen, wenn die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner gut ausgebildet sind und das Land für Familien attraktiv wird, die Wert auf die Bildung ihrer Kinder legen.

### Wirtschaft – Wohlstand für Alle.

Die einzelbetriebliche Förderung soll nach Ansicht der LINKEN zukünftig umgeschichtet werden zugunsten des Projektes „**Öffentlicher Vermögensaufbau und Ausbildung**“. Aufgrund der langfristigen Verträge kann dies allerdings erst 2013 wirksam werden. Gemeinsam mit einem zu errichtenden öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (50 Mio. im Jahr) soll hier zum einen der Kürzung der Gelder für Arbeitsmarktmaßnahmen bei den Agenturen für Arbeit entgegengewirkt werden. Zum anderen wollen wir die Umwandlung von 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angehen. Wie in den Ländern Berlin und Brandenburg sind dazu entsprechende Verhandlungen mit der Bundesregierung zu führen. Dabei geht es auch darum, mehr Menschen, die es wollen und können, in Beschäftigung zu bringen. Zugleich aber werden dadurch weniger Mittel für Arbeitslose fällig (Jede/r Arbeitslose kostet ca. 20.000 Euro/Jahr) und die Steuereinnahmen erhöhen sich. Des Weiteren führt ein solcher Beschäftigungssektor zur Entlastung des Arbeitsmarktes und ist ein wichtiger Beitrag dazu, dass die Arbeitnehmer nach zehn Jahre Reallohnverlusten wieder mehr Druckpotential bekommen und endlich wieder am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt werden.

Doppelhaushalt 2011/2012	
Bildung	
Kita - Beitragsfreiheit	140.000.000
Investitionen/Schulen	20.000.000
SchülerInnenbeförderung	25.000.000
LehrerInnen	25.000.000
Sozialarbeit/Psychologen	12.000.000
Dänische Schulen	2.000.000
Gastschulabkommen (bereinigt)	16.000.000
2000 neue Studienplätze	25.000.000
Fachhochschule Wedel	1.000.000
Studentenwerk	2.000.000
Wohnheime (Studentenwerk)	1.000.000
Bildung gesamt	269.000.000
Kommunen	
Schulbau	30.000.000
Fehlbetragszuweisung	15.000.000
Theater/Orchester	2.635.000
Straßensanierung	15.000.000
Kommunen gesamt	62.635.000
Soziales	32.490.000
Kultur	1.600.000
Gleichstellung	2.500.000
Gesamt, ca.	368.225.000

## Übersicht über unsere Haushaltsanträge

1. Die Grunderwerbsteuer soll schon 2011 von 3,5% auf 5% erhöht werden. Das bringt zusätzliche Einnahmen von 130 Millionen im Doppelhaushalt.

2. Die Erhöhung der Feldes- und Förderabgabe auf 20% 2011 und 21% 2012 erbringt einen kleinen Millionenbetrag. Es ist sinnvoll, diese kontinuierlich zu steigern, um die wenigen Bodenschätze des Landes so teuer es eben geht zu verkaufen.

3. Es soll keine Küstenschutzabgabe geben, weil alle Schleswig-Holsteiner auf den Küstenschutz angewiesen sind und es sich deshalb um eine Gemeinschaftsaufgabe handelt.

4. Neben zusätzlichen Einnahmen der Gemeinden durch die Grunderwerbsteuer und die erhöhten Feldes- und Förderabgaben haben wir für 2011 zusätzliche Mittel vorgesehen, die die Kommunen entlasten, bzw. höhere Einnahmen für sie bedeuten: Die Fehlbetrags- und Sonderbedarfzuweisungen im Jahr 2011 werden von 49 Millionen auf 64 Millionen heraufgesetzt. Die Zuweisungen an den Kommunalen Schulbaufonds im Jahr 2011 werden von 31 Millionen auf 60 Millionen heraufgesetzt. Die Zuweisungen für Theater und Orchester im Jahr 2011 werden von 36,7 Millionen auf **38,1 Millionen € und im Jahr 2012 auf 38,935** Millionen heraufgesetzt. Für weitere Infrastrukturmaßnahmen in den Kommunen wollen wir in 2011 15 Millionen Euro mehr ausgeben. Die Zuweisungen zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen werden im Jahr 2011 von 70 Millionen auf 90 Millionen heraufgesetzt.

## Haushaltssplitter:

„Genau diesen Weg gehen wir heute, eine Rückbesinnung auf bürgerliche Tugenden wie Disziplin, Geradlinigkeit Sparsamkeit“ (von Boetticher, CDU)

„Wenn dann die teuren Jahre im Doppelhaushalt 2013/2014 ... kommen, dann wissen weder Sie noch wir heute genau, wie das **finanziert werden soll**. ..., und deshalb müssen wir mit dem Bund abmachen, dass wir entweder zusätzliches Geld bekommen oder aber diese Neuverschuldung für Hochschulplätze nicht auf den Schuldenpakt, den wir mit dem Bund abschließen, angerechnet werden...“ (von Boetticher, CDU)

Robert Habeck (Grüne) zu Ministerpräsidenten Carstensen und Finanzminister Wiegard: „(ich) weiß aus den vielen persönlichen Gesprächen und auch als Beobachter und Kommentator Ihrer Politik, dass Ihnen der Schuldenabbau ein moralisches Anliegen ist, und ich nehme es Ihnen ab, dass Sie die Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung als Ihre persönliche Verantwortung betrachten und wahrnehmen.“

„Denn die Weigerung, die haushaltspolitische Situation überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, führt – denkt man sie konsequent zu Ende – zu Irland- oder Griechenlandszenarien oder zu einer massiven Geldentwertung durch Inflation.“ (Robert Habeck, Grüne)

„Herr Carstensen, Ihr Haushaltsentwurf ist in unseren Augen ein Dokument der Unfähigkeit und der Verantwortungslosigkeit der schwarz-gelben Landesregierung“ (Ranka Prante)

„Herr Ministerpräsident, Sie haben keine Ideen mehr für unser Land. Sie verbreiten Angst. Sie wurschteln vor sich hin. Sie verwalten nur noch und kürzen auf infame Art und Weise bei den Bedürftigen.“ (Ranka Prante)

5. Die vollständige Rücknahme der Kürzungen im Bereich Geschlechtergerechtigkeit und die gleichzeitige leichte Erhöhung der Ansätze um 3% gegenüber 2010 soll signalisieren, dass DIE LINKE am Projekt der Gerechtigkeit festhält.
6. Die vollständige Rücknahme der Kürzungen im Sozialhaushalt und die gleichzeitige leichte Erhöhung der Ansätze um 3% signalisiert, dass DIE LINKE sich nicht mit wachsender sozialer Ungleichheit abfindet.
7. Die vollständige Rücknahme der Kürzungen im Kulturhaushalt und die gleichzeitige leichte Erhöhung der Ansätze um 3% signalisiert, dass DIE LINKE die Regression zur Wirtschaftsgesellschaft nicht mitmacht. Kultur ist ein bedeutender Attraktor. Das Signal Kultur zu kürzen ist verheerend, weil damit der Abstieg ausgeflaggt wird. Der Niedergang mancher Kommunen in Nordrhein-Westfalen hat mit der Schließung des örtlichen Theaters begonnen.



8. Die vollständige Rücknahme der Kürzungen im Personalhaushalt und die gleichzeitige leichte Erhöhung der Ansätze um 3% signalisiert, dass die Linke sich nicht damit abfindet, dass das Land weiter auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lebt. Mit uns kann man über Einsparungen beim Führungspersonal reden, aber nicht über Kürzungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auf den Punkt gebracht: Das Land hat zu viele Häuptlinge und zu wenig Indianer.

9. Angesichts des Schuldenstandes des Landes merken wir an, dass die Zinssätze seit dreißig Jahren kontinuierlich zurückgehen. Müssten wir heute den Zinssatz der Barschel-Regierung schultern, so würde das Land statt 920 Millionen fast 1,7 Milliarden an Zinsen zahlen. Heute hat das Land 3 Milliarden mehr Schulden als 2007 und zahlt dafür 20 Millionen weniger an Zinsen. Es ist so, dass die Zinsen seit 30 Jahren tatsächlich kontinuierlich sinken. Dieser Trend wird anhalten, weil er die helle Seite der Umverteilung von unten nach oben ist. Die Vermögen sind so stark gewachsen, dass sie nicht ausreichende Anlagemöglichkeiten finden. Also geht man in sichere Staatsanleihen und Deutschland gilt finanzpolitisch als das solide Land schlechthin. Insofern halten wir den Ansatz der Landesregierung für die Zinsbelastung im Jahr.

## Fehmarnbelt- Querung

*Die Fraktionen von FDP und CDU haben in der letzten Landtagssitzung einen Bericht zum Stand der Planung der festen Fehmarnbelt-Querung beantragt. Minister de Jager gab bekannt, dass die Planungsgesellschaft sich nun für einen Tunnel entschieden habe und redete von großen wirtschaftlichen Chancen für Schleswig-Holstein.*

Björn Thoree antwortete darauf in seiner Rede mit einem Verweis auf die unhaltbare Neubewertung des Projektes durch Bundesverkehrsminister Ramsauer. In dieser wird behauptet, die geplante Hinterlandanbindung zur Fehmarnbelt-Querung sei das volkswirtschaftlich lohnendste Verkehrsprojekt Deutschlands.

Die Neubewertung gehe an der Lebensrealität vollständig vorbei. Sie berücksichtigt weder die Verluste an Arbeitsplätzen im Tourismussektor und bei den Fährlinien noch die schon heute vorhandene Möglichkeit für LKW den Fehmarnbelt mit der Fähre zu überqueren. **„Schon heute gibt es eine Fehmarnbelt-Querung. Nur keine feste, sondern eine schwimmende. Im Halbstundentakt verkehren Fähren. Diese Fährverbindungen auszubauen, wäre der richtige Weg“**, so Björn Thoree.

Die von SPD und GRÜNEN ins Spiel gebrachte Schlichtung lehnt DIE LINKE ab. Bei einer Frage von Ja und **Nein ist keine Schlichtung möglich. „Schlichterspektakel dienen nur den Interessen der Herrschenden. Großprojekte werden nicht durch scheinbare Schlichtungen verhindert, sondern durch ausdauernden Widerstand von Bürgerinnen und Bürgern auf der Straße“**, so Björn Thoree.

DIE LINKE fordert die Landesregierung die Notbremse zu ziehen und aus dem ökonomisch und ökologisch unverantwortlichen Projekt feste Fehmarnbelt-Querung auszusteigen.

Weihnachtslied  
Hartz IV nach der  
Melodie von  
"Morgen, Kinder,  
wird's was geben!":

Morgen, Kinder, wird's  
nichts geben! Nur wer hat,  
kriegt noch geschenkt.  
Mutter schenkte Euch das  
Leben. Das genügt, wenn  
man's bedenkt.  
Einmal kommt auch Eure  
Zeit. Morgen ist's noch nicht  
so weit. Doch ihr dürft nicht  
traurig werden. Reiche  
haben Armut gern.  
Gänsebraten macht  
Beschwerden.  
Puppen sind nicht mehr  
modern. Morgen kommt der  
Weihnachtsmann.  
Allerdings nur nebenan.  
Lauft ein bisschen durch die  
Straßen! Dort gibt's  
Weihnachtsfest genug.  
Christentum, vom Turm  
geblasen, macht die  
kleinsten Kinder klug.  
Kopf gut schütteln vor  
Gebrauch!  
Ohne Christbaum geht es  
auch! Tannengrün mit  
Osrambirnen --  
lernt drauf pfeifen! Werdet  
stolz! Reißt die Bretter von  
den Stirnen, denn im Ofen  
fehlt's an Holz! Stille Nacht  
und heil'ge Nacht -- weint,  
wenn's geht, nicht, sondern  
lacht! Morgen, Kinder, wird's  
nichts geben! Wer nichts  
kriegt, der kriegt Geduld!  
Morgen, Kinder, lernt für's  
Leben! Gott ist nicht allein  
dran schuld. Gottes Güte  
reicht so weit ... Ach, du  
liebe Weihnachtszeit!

Erich Kästner (1928)  
Quelle: Kästner für Erwachsene,  
Zürich, 1966, S.35



## Wahlrecht

*Die Debatte über das Wahlrecht war neben der Debatte zum Haushalt die spannendste dieser Sitzung. Sie dauerte zwei Stunden. Natürlich wollten die „großen“ Parteien sowohl das Auszählverfahren d'Hondt, das sie bevorzugt, als auch ihre gesicherten Direktwahlkreise verteidigen. Die kleinen Parteien waren sich einig, dass das Auszählverfahren St. Laguë/Schepers; die Verkleinerung des Landtages, sowie die Verringerung der Wahlkreise oberste Priorität haben.*

Unsere Fraktion unterstützte den Vorschlag der Grünen und des SSW. Allerdings schlugen wir hatten wir zwei wichtige Änderungen vor:

1. Wollten wir das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre reduzieren.
2. Wollten wir einen frühen Wahltermin, nämlich den 25. September 2011, im Gesetz festschreiben.



Uli Schippels dazu: „Der Termin ist realistisch, weil das neue Wahlgesetz bis dahin längst verabschiedet sein wird. Außerdem wird es Zeit, die nicht durch den WählerInnenwillen legitimierte Landesregierung endlich abzulösen. Zusätzlich wollen wir, dass Jugendliche ab 16 Jahren wählen können, statt wie bisher ab 18. Ich bin überzeugt davon, dass Sechzehnjährige in der Lage sind, sich eine fundierte politische Meinung zu bilden. Daher ist es nur konsequent, wenn man Jugendlichen das Wahlrecht zubilligt und ihnen ermöglicht, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.“

## Asylbewerberleistungsgesetz:

Das Asylbewerberleistungsgesetz lässt sich mit Recht als ein Hort des Unrechts bezeichnen. In Schleswig-Holstein leben derzeit über 4000 Menschen von reduzierten Grundleistungen, die 33% unter dem Existenzminimum des ALG II liegen. Noch dazu wird in vielen Fällen nach dem sogenannten Sachleistungsprinzip ausgezahlt, das heißt, dass die Menschen Lebensmittelpakete und Gutscheine für Second-Hand-Bekleidung bekommen und das bis zu vier Jahre lang. Für alle zusätzlichen Anschaffungen sowie Fahrtscheine und ähnliche Bedarfe müssen sie mit einem Taschengeld von 40,90 Euro monatlich auskommen.

Antje Jansen dazu:  
„Eine reduzierte  
Menschenwürde für  
Flüchtlinge wollen wir  
nicht hinnehmen.“  
Über eine  
Bundesratsinitiative  
wollen wir uns für eine  
menschenwürdige und  
diskriminierungsfreie  
soziale und  
medizinische  
Versorgung von  
Asylsuchenden und  
Menschen mit  
unsicherem  
Aufenthaltsstatus  
einsetzen. Leider  
wurde auch dieser  
Antrag von den  
regierungstragenden  
Fraktionen abgelehnt.



Foto: Dierk Schaeferer/flickr

## Biomasse

Die Fraktion forderte im Rahmen der Plenarsitzung im Dezember eine zügige und umfassende Befassung des Umwelt- und Agrarausschusses mit dem Thema Biomasse.



Dieser Forderung ging ein Antrag der Regierungskoalition voraus, in dem eine Bundesratsinitiative zur nachhaltigen Sicherung von Biomasse im Rahmen der EEG-Novellierung nachhaltig gefordert wurde. Dieser Antrag erschien insofern befremdlich, als dass ein Antrag zu genau diesem Thema bereits im Umwelt- und Agrarausschuss debattiert wird und Termine zur anstehenden Anhörung neben der Plenarsitzung festgelegt werden sollten. „Wir wollen den Themenkomplex Biomasse verbessern, damit die Erneuerbaren Energien in den Vordergrund rücken und endlich Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke noch deutlicher als bisher überflüssig machen“, so Ranka Prante, energiepolitische Sprecherin der Linksfraktion. Ähnliche Einstellungen gab es bei den anderen Landtagsfraktionen, so dass der Tagesordnungspunkt zunächst vertagt wurde. Am nächsten Tag setzten sich die Mitglieder des Umwelt- und Agrarausschusses zusammen, diskutierten kontrovers und einigten sich schließlich auf einen fraktionsübergreifenden Antrag zu eben diesem Thema. Dieser wurde dann einstimmig beschlossen.

## Regionalökonomische Bedeutung der Universität Lübeck für den Wirtschaftsstandort Lübeck und für Schleswig-Holstein

„Hochschulpolitik unter dem Primat der Haushaltskonsolidierung verspielt die Zukunftsfähigkeit des Landes. Für die Landesregierung steht der Erhalt des Medizinstudiengangs in Lübeck auch weiter unter Vorbehalt möglicher Einsparungen“, erklärte Antje Jansen, die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Jansen weiter: „Für Schwarz-Gelb gibt es nur zwei mögliche Interpretationen des Sparens: Variante Eins heißt Austrocknen, Kürzen und Zusammenstreichen. Wo das nicht geht oder nicht reicht, da soll dann Privatisierung als Variante Zwei weiterhelfen. Ohne den erbitterten Widerstand der Menschen in der Region Lübeck hätte die Landesregierung den Medizinstudiengang in Lübeck dichtgemacht ohne mit der Wimper zu zucken.“

Das Modell der Stiftungsuniversität für Lübeck ist natürlich ein Privatisierungsmodell, das überdies auf die Einführung von Studiengebühren zielt. Die Privatisierung des Uniklinikums Schleswig-Holstein ist ohnehin auf der Tagesordnung dieser Landesregierung.

Die LINKE sagt: Universitäten zu privatisieren ist ein grundfalscher Weg. Bildung muss frei zugänglich für alle sein. Studiengebühren sind genau die falsche Antwort auf solche Entwicklungen. Studiengebühren schränken den Zugang zur Hochschule ein. Sie blockieren die ohnehin schwindende soziale Durchlässigkeit im Bildungssystem. Wer den Hochschulstandort Lübeck langfristig sichern will, der muss die Finger von allen Privatisierungsprojekten lassen. Das gilt für die Medizinuniversität Lübeck genauso wie für das Uniklinikum Schleswig-Holstein.“



Foto: loop\_oh@flickr

## Ausbau des Flughafens Lübeck Blankensee

Die Landesregierung erwägt den Flughafen ausbau mit Investitionsmitteln zu subventionieren, koppelt dies aber an ein generelles Mitspracherecht. Die SPD fordert trotz Schuldenbremse eine generelle Finanzierung ohne Mitsprache. Zusammen mit den Grünen lehnte die LINKE jegliche Landesfinanzierung komplett ab, da auch der Investor Ryanair sich zurückgezogen hat. Antje Jansen, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion äusserte sich hierzu in der Debatte: „Verluste sind das einzige, was der Flughafen Lübeck-Blankensee jetzt und in Zukunft sicher produziert. Das Geschäftsmodell funktioniert nicht, weil der Markt der Regionalflyer kostendeckende Nutzungsentgelte nicht hergibt. Lübeck wird daher einen Investor nur unter der Bedingung finden, dass die Stadt die Übernahme der laufenden Verluste garantiert. Die Auseinandersetzung um den Lübecker Flughafen hat sich für die Dauer von zweieinhalb Jahren in eine Hängepartie verwandelt. 2012 sind wir exakt wieder da, wo wir im November 2009 schon einmal waren. Die Mehrheit der Bürgerschaft wird sich dann aus dem Flughafen verabschieden. Den berühmten kleinen Unterschied machen die Millionen, die es eben kostet, wenn der Absturz um eine Ehrenrunde vor dem Aufprall verlängert wird.“



Kostenlose Kontrazeptiva (empfangnisverhütende Mittel) für Personen mit Leistungsbezug gemäß SGB II, SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und mit vergleichbar geringem Einkommen

„Unsere Gesellschaft lässt junge Frauen allein, die mit einem Kind schlichtweg überfordert sind, empört sich gleichzeitig über Babyklappen und offensichtliche Hilfeschreie junger Mütter und zwingt die wachsende Zahl armer Frauen in unserem Land dazu, Abtreibung zu einem Instrument der Familienplanung zu machen. Angesichts der Risiken, die für die Frau mit diesem Eingriff verbunden sind, grenzt dieser Zustand schon an Körperverletzung“, erklärte Antje Jansen, die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Jansen weiter: „DIE LINKE hält Familienplanung für ein so wesentliches Gut der Selbstbestimmung von Menschen, dass sie generell in der Sozialpolitik verankert sein sollte. Wir wollen eine generelle Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel durch die Kassen. Selbstverständlich soll die gewollte Empfängnisverhütung einen Grund zur Kostenübernahme darstellen. Die Frage nach der Form der Verhütung muss von den Menschen mit der Unterstützung durch ärztliche Beratung selbst getroffen werden. Für die Kostenerstattung haben wir sozialpolitisch Sorge zu tragen.“



## Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe

*Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Nord hat vor kurzem einen Ausbildungsreport veröffentlicht. Darin wurde vor allem die Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe kritisiert. Zu späte oder unvollständige Gehaltszahlungen, massenhaft unbezahlte Überstunden, und eine AbbrecherInnenquote von über 50% wurden in diesem Bereich festgestellt. Außerdem fehlen im gesamten Ausbildungsbereich in Schleswig-Holstein über 5000 Lehrstellen..*

Vor diesem Hintergrund wollte DIE LINKE von der Landesregierung wissen, wie sie die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen überwacht, etwa die Qualität der Ausbildung, die Höhe der Vergütung oder den Ausgleich von Überstunden. Minister Jost de Jager wies die Aufgabe der Fürsorge für die Auszubildenden von sich und verwies lediglich auf Arbeitsgerichte, Industrie- und Handelskammer und Beratungsstellen. Der Redner der CDU hielt anschließend eine Rede, in der er dem DGB vorwarf die Situation maßlos zu übertreiben.

Björn Thoroer bedankte sich beim DGB für die geleistete Arbeit und wies den Vorwurf der DGB dramatisiere in seinem Report zurück. Er warf der Landesregierung vor, die bestehenden Missstände als Einzelfälle zu verharmlosen und sich aus der Verantwortung zu stehlen. Transparenz sei bitter nötig und die Voraussetzung, damit sich die Lage der Auszubildenden verbessern könne.

Um Klarheit über die Ausbildungssituation in ganz Schleswig-Holstein zu bekommen, forderte Björn Thoroer erneut eine integrierte Ausbildungsstatistik. Er begrüßte den augenscheinlichen Stimmungswandel in der SPD, die sich unserer Forderung mit einem eigenen Antrag anschloss, ein halbes Jahr vorher im Wirtschaftsausschuss jedoch noch nicht einmal einer Anhörung zum Thema zugestimmt hatte. Abschließend äußerte er sich zu einer Ausbildungsplatzumlage, mit deren Hilfe mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden könnten, um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu sichern: „Wer nicht ausbildet, muss zahlen!“ betonte er.

## Pelztiere

*Die Opposition stellte geschlossen einen Antrag zur Umsetzung der Tierschutznutztierhaltungsverordnung in Bezug auf Pelztiere (Drucksache 17/1063).*

Die Fraktion DIE LINKE sowie die anderen Oppositionsparteien machten im Rahmen der Plenartage u.a. klar, dass dieser Antrag nur als notwendiges Zwischenziel zu begreifen ist, damit die Haltungsvorschriften tatsächlich umgesetzt werden.

„Das eigentliche Ziel muss ein Verbot von Pelztierfarmen sein“, so Ranka Prante,

umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion. „Tiere müssen leiden und sterben, damit sich einige Menschen Statussymbole leisten können.“ Ranka Prante wies in ihrer Rede darauf hin, dass sich der Landtag langfristig Gedanken machen müsse, wie eine berufliche Umorientierung der Menschen erfolgen kann, die auf, mit und durch die Pelztierfarmen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Nur so würde man Mensch und Tier gerecht, erklärte Ranka Prante. Der Tagesordnungspunkt wurde in den Umwelt- und

Agrarausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.



## Landesblindengeld

*In der Landtagsitzung am Donnerstag wurde mit der Verabschiedung des Sparpakets auch eine Änderung des Landesblindengeldgesetzes ab dem 1. Januar 2011 beschlossen. Damit ist über die Zukunft von 5.000 blinden Menschen in Schleswig-Holstein entschieden worden. Der monatliche Nachteilsausgleich wird von bislang 400,00 Euro auf künftig 200,00 Euro halbiert.*

## Minderjährige in Abschiebehaft – unser Dringlichkeitsantrag wird abgeschmettert

Kurz vor der Landtagssitzung kam uns zu Ohren, dass in den letzten Wochen wieder drei unbegleitete Minderjährige in Schleswig-Holstein in Abschiebungshaft genommen wurden. Um genaueres zu erfahren, über die Fälle und darüber, wie es zu diesem Skandal kommen konnte, stellten wir einen Dringlichkeitsantrag. Wir erhofften uns, dass die Regierung Rede und Antwort stehen muss und der Justizminister, zum Beispiel über Fortbildungen für Amtsrichter, die solche Haftbefehle aussprechen, nachdenkt. Da die Geschäftsordnung vorsieht, dass Dringlichkeitsanträge die 2/3 Mehrheit brauchen, konnte unser Antrag von den Regierungsfractionen abgeschmettert werden.

### Impressum:

Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag

V.i.S.d.P.:  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Ramona Hall  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
Telefon 0431 / 988-1612  
Telefax 0431 / 988-1618  
hall@linksfraktion-sh.de

Redaktionelle Beiträge:  
Julia Nüß, Dana Tegge, Surya Stülpe, Jens Schulz, Dr. Thomas Herrmann

50 Prozent weniger Blindengeld bedeutet für die Betroffenen einen herben Verlust an persönlicher Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Vieles wird künftig einfach unerschwinglich. So fallen monatlich unter anderem notwendige Hilfen bei der Haushaltsführung und etliche Stunden Wegbegleitung zum Beispiel für Arztbesuche weg.

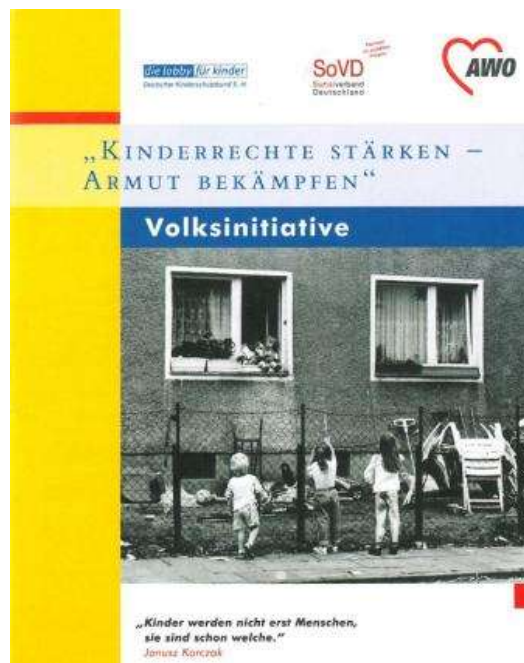
Die monatelangen Kämpfe und Proteste der Blinden sind mit einem Scheinkompromiss zugunsten von 60 Taubblinden beantwortet worden, für die die Kürzungen zurückgenommen wurden. Für die kommenden Neuwahlen haben die Blinden und Sehbehinderten nun angekündigt, sich genau zu verständigen und zu prüfen, mit welcher Partei die Kürzungen schnellstens rückgängig gemacht werden können. DIE LINKE brauchen sie dabei gar nicht erst zu fragen. Wir waren von Anfang an auf ihrer Seite und haben die Proteste begleitet. Für die kommenden existentiellen Kämpfe

und Sozialanträge stehen wir gerne zu Verfügung, denn man wird nun genau beobachten müssen welche gravierenden Veränderungen die Kürzungen in der Realität zu Tage treten lassen.



Die Blinden- und Sehbehinderten demonstrieren gegen menschenfeindliche Politik.

## Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein zum Schutz von Kindern und Jugendlichen



Seit längerem unterstützt die Linksfraktion die Volksinitiative „Kinderrechte in die Verfassung“. Auf Betreiben dieser Initiative wurde diesen Monat die Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung beschlossen. CDU und FDP haben sich allerdings geweigert einklagbare Rechte in der Verfassung zu verankern. Deshalb hat DIE LINKE einen Änderungsantrag vorgelegt. Denn unverändert ist es so, dass jedes dritte Kind in Schleswig-Holsteins Städten von Armut betroffen ist. Der Kampf gegen die Kinderarmut und für die Zukunft von Kindern aus armen Familien bleibt also eine dringende Notwendigkeit. Antje Jansen zur Verfassungsänderung: „**Mit der** Neufassung des Artikels 6a der Landesverfassung wird Schleswig-Holstein noch kein kinderfreundliches Land. Wir wollen eine ausdrückliche Verpflichtung von Land, Kreisen und Gemeinden, Kinder vor Armut und Ausbeutung zu schützen. Das war der Grund für den

LINKEN Änderungsantrag. Wir halten an diesem Antrag fest. Aber wir sind auch Realisten. Wir werden die Änderung der Verfassung am Ende mittragen. Die betroffenen Kinder können nicht warten, bis endlich Ihre Schuldenbremse die Entwicklung des Landes zum völligen Stillstand gebracht hat. Was die Chancen von **Kindern und ihre Zukunft angeht, da fahren an jedem Tag Züge ab.**“